

## Anfrage

**der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Gemeinderäte an die Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke**

### betreffend Berechnung des Gebührenspegels bei Müllgebühren

Im Rahmen der Budgetvoranschlagsdebatte am 27.11.2018 wurde auch der nächstjährige Kostendeckungsgrad bei den Müllgebühren: er sinkt von 129 % auf nur mehr 98,36 %. Die Müllgebühren sind plötzlich also "nur mehr" kostendeckend.

Die sogenannten "korrespondierenden Kosten", die der Gebührenspegel ausweist, wurden schlicht erhöht, nämlich von 213,7 Millionen 2018 auf nunmehr 290,7 Millionen 2019. Die Kosten für die Müllabfuhr müssten also von einem Jahr auf das nächste um 77 Millionen oder 36% steigen - eine Steigerung, die reichlich unplausibel erscheint.

Dies, obwohl 2019 sowohl eine Erhöhung der Müllgebühren als auch eine Senkung der Ausgaben der Müllbeseitigung der MA 48 (nämlich von 281,7 Millionen auf 269,4 Millionen, also um 4%) budgetiert sind.

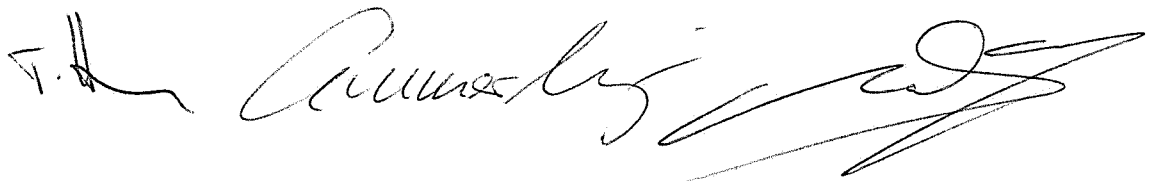
Im Zuge der Budgetvoranschlagsdebatte wurde die Steigerung von GR Abrahamczik mit 2019 anstehenden Investitionen in die Mistplatzinfrastruktur begründet. Auch dies scheint wenig plausibel, da diese Kosten im Kostenspiegel seriöserweise ja nur als Abschreibung über die Lebensdauer integriert werden dürften, und kein Mistplatz dieser Welt Annuitäten von 77 Mio. Euro aufweisen dürfte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gem. § 31 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgende

### ANFRAGE

1. Welche Faktoren sind für die Steigerung der "korrespondierenden Kosten" bei den Müllgebühren, die der Gebührenspegel ausweist, um 77 Millionen (= +36%) verantwortlich?
2. Welche Positionen sind in den "korrespondierenden Kosten" einberechnet und wie hoch sind sie jeweils?
3. Ist es üblich, dass Einmalkosten durch Investitionen kostenseitig vollständig in den Gebührenspegel eines Jahres einberechnet werden?
  - a. Wenn ja, wie ist dies betriebswirtschaftlich zu rechtfertigen?
  - b. Wenn nein, warum wurde die Steigerung im Zuge der Budgetvoranschlagsdebatte mit Investitionen in die Mistplatzinfrastruktur begründet?

Wien, 30.11.2018



MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN	MSO
Eing.:	05. DEZ. 2018
PGL-1033961-2018-KWE IGF	
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtrat	